

# Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966

Dienstag, 14. Oktober 1986

Nr. 200 (5 328)

Preis 3 Kopeken

## Treffen in Reykjavik

Am 11. Oktober begann in Reykjavik das Treffen zwischen dem Generalsekretär des ZK der KPdSU M. S. Gorbatschow und dem Präsidenten der USA R. Reagan. Das Treffen findet im Rahmen der Vorbereitung des Besuchs des führenden sowjetischen Repräsentanten in den Vereinigten Staaten statt, worüber im November vorigen Jahres in Genf eine Vereinbarung getroffen wurde.

Um 13.30 Uhr Moskauer Zeit fuhren die Autos der sowjetischen Delegation vor die Villa Hofdi am Atlantik vor. Laut protokollierischer Vereinbarung wurde M. S. Gorbatschow am Eingang von R. Reagan begrüßt. Einige Minuten stellten sich die führenden Repräsentanten beider Länder den Objektiv der Bild- und Fernsehkameras, um sich dann in die Verhandlungsräume zurückzuziehen. In der zweiten Tageshälfte fand noch ein Arbeitstreffen auf höchster Ebene statt. Gemäß dem Zeitplan der Verhandlungen ist ein weiteres Treffen für den 12. Oktober vorgesehen. Wie hier offiziell verlautet, haben die Gespräche vertraulichen Charakter. Über ihre Ergebnisse wird so informiert werden, wie es die beiden Politiker vereinbaren. Allerdings interessieren die Fragen, die zur Stunde in der Villa Hofdi diskutiert werden, nicht nur die mehr als 2.500 Journalisten, sondern die Völker aller Länder. Ebendeshalb vor dem Treffen in der isländischen Hauptstadt Delegationen verschiedener Friedensorganisationen, darunter auch aus den USA und aus westeuropäischen Ländern, eingeflogen.

Ungeachtet der Unterschiede in den politischen Überzeugungen und Ansichten der Vertreter dieser Organisationen — die gemeinsame Sorge um die Geschichte des Planeten Erde und der Wille zusammen, ein Abgleiten der Menschheit zum nuklearen Abgrund zu stoppen. Sie wenden sich an die führenden Repräsentanten beider Großmächte mit dem Appell, die Gefahr eines Kernwaffenkrieges abzuwenden und zu beseitigen.

In diesem Zusammenhang hat die internationale Öffentlichkeit den konkreten Beitrag der Sowjetunion zu diesem Prozeß und in erster Linie das einseitige Moratorium für die Nuklearexplosionen, daß von unserem Land verkündet wurde, von ganzem Herzen begrüßt. Die Delegationen der amerikanischen gesellschaftlichen Organisationen — der Nationalen Kampagne für die Einfrierung der nuklearen Rüstungen und des Komitees für die vernünftige Atompolitik —, die

gegenwärtig in Reykjavik weilen, haben in einer Botschaft an den USA-Präsidenten die Administration eindringlich aufgefordert, die Kernwaffenversuche endlich einzustellen und sich dem sowjetischen Moratorium anzuschließen. Die Stille auf den nuklearen Versuchsgeländen solle bis zum nächsten Gipfeltreffen fortdauern. Danach sei es notwendig, einen Vertrag über das vollständige und allgemeine Verbot der Nukleartests zu schließen. Die Botschaft trägt unter anderem die Unterschrift von 60 Mitgliedern des USA-Kongresses.

Heute ist auch das Schiff „Sirius“ mit Vertretern der internationalen Umweltschutzorganisation „Greenpeace“ im Hafen von Reykjavik vor Anker gegangen. In einer Presseerklärung, die in der isländischen Hauptstadt verbreitet wurde, rufen die Vertreter dieser Organisation die führenden Repräsentanten beider Länder auf, äußerst ernsthaft die aktuellen Fragen zu erörtern und vor allem über das Verbot der nuklearen Versuche zu verhandeln. Wenn es gelingt, die Kernwaffenversuche einzustellen, heißt es in dem Dokument, kann das den Stopp des „Sternenkriegs“-Programms bedeuten. Die Realisierung dieses Programms könnte zu einer Eskalation von Systemen von

Angriffs- und Verteidigungswaffen im Weltraum und auf der Erde führen.

Die Organisation erinnert daran, daß die Sowjetunion seit August 1985 einseitig keine nuklearen Versuche durchführt. Jetzt gebe es die historische Chance, daß auch auf den amerikanischen Versuchsgeländen die Stille herrscht. Das Gipfeltreffen in Reykjavik, heißt es in der Erklärung, darf nicht zu einem Treffen um des Treffens willen werden.

Am gestrigen späten Abend war die kleine Straße in Reykjavik, in der sich die amerikanische Botschaft befindet, von Fackeln erleuchtet. Auf Initiative verschiedener Friedensorganisationen Islands fand hier eine Manifestation statt, deren Teilnehmer gegen die Politik der Konfrontation, der militärischen Bedrohungen und Abenteuer der USA gegenüber Nicaragua und anderen unabhängigen Ländern protestierten. Die Demonstranten übergeben in der Botschaft eine Petition, in der die Aggression gegen das nikaraguanische Volk verurteilt wird. Zugleich forderten sie die USA-Regierung auf, während des Gipfeltreffens in der isländischen Hauptstadt aufrichtiges Streben nach Frieden zu bekun-

den. Ragnar Stefansson, einer der führenden Vertreter des isländischen Komitees der Solidarität mit Salvador, sagte in einem TASS-Gespräch: „Wir begrüßen alle Vorschläge und Maßnahmen, die auf die Einstellung des Weltrüstens, vor allem bei Kernwaffen, gerichtet sind.“

„Und eben ein so wichtiger Schritt“, so Ragnar Stefansson, „ist unserer Ansicht nach das von der Sowjetunion erklärte einseitige Moratorium für die nuklearen Explosionen.“

Die isländische Friedensbewegung „Kampagne gegen Militärstützpunkte“ hat in einem Appell dazu aufgerufen, die Anstrengungen, die auf die Einstellung des Weltrüstens und die Befreiung der Erde von der nuklearen Gefahr gerichtet sind, fortzusetzen. Die Friedenskämpfer sprechen sich für die Beseitigung des großen Militärstützpunktes der NATO in Island und für die Unterstützung des Vorschlages über die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa aus.

Heute Mittag trafen im Park am Tjörnir-See im Zentrum Reykjaviks die Teilnehmer des ersten internationalen Friedenslaufs ein, der auf Initiative der UNO stattfindet. Der Friedenslauf steht unter dem Motto „Gebt der Welt eine Chance — die Kinder brauchen Frieden.“

(TASS)

## Gespräche zwischen M. S. Gorbatschow und R. Reagan

Am 11. Oktober fanden die ersten zwei Gespräche des Generalsekretärs des ZK der KPdSU M. S. Gorbatschow mit dem USA-Präsidenten R. Reagan statt.

Es wurden Fragen des allgemeinen Standes der gegenwärtigen internationalen Lage, der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und Probleme der Einstellung des nuklearen Weltrüstens erörtert.

Am 12. Oktober wurde das Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU M. S. Gorbatschow mit dem USA-Präsidenten R. Reagan beendet.

Zur Erörterung standen die wichtigsten Fragen der nuklearen Abrüstung und Wege zur Gewährleistung der internationalen Sicherheit.

Nach Abschluß des Treffens führte M. S. Gorbatschow eine Pressekonferenz durch, der beim Pressenzentrum des Treffens akkreditierte Korrespondenten aus zahlreichen Ländern beiwohnten.

(TASS)

## M. S. Gorbatschow nach Moskau zurückgekehrt

Der Generalsekretär des ZK der KPdSU M. S. Gorbatschow ist am 13. Oktober aus Reykjavik abgereist.

Auf dem Flughafen waren zu Ehren des hohen Gastes die Staatsflaggen der UdSSR und Islands gehißt.

An der Gangway wurde M. S. Gorbatschow vom Ministerpräsidenten der Republik Island S. Hermannsson und vom gegenwärtig amtierenden Außenminister des Landes T. Paulsson verabschiedet. Ferner waren der Botschafter der UdSSR in Island J. A. Kossarew und der Botschafter der UdSSR in den USA J. W. Dubinin sowie weitere isländische und sowjetische Persönlichkeiten zugegen.

Ferner haben auch die Mitglieder der UdSSR-Delegation, die am sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffen teilgenommen haben, die Heimreise angetreten.

Der Generalsekretär des ZK der

KPdSU M. S. Gorbatschow ist am 13. Oktober nach Moskau zurückgekehrt.

Auf dem Flughafen wurde M. S. Gorbatschow von den Mitgliedern des Politbüros des ZK der KPdSU G. A. Aljiew, A. A. Gromyko, I. M. Sajkow, J. K. Ligatschow, M. S. Solomenzow, V. M. Tschebrikow, den Kandidaten des Politbüros des ZK der KPdSU W. I. Dolgich, B. N. Jelzin und N. W. Talsyn, den Sekretären des ZK der KPdSU M. W. Simjanin, W. A. Medwedew und G. P. Rasmusowski, sowie dem Vorsitzenden der Zentralen Revisionskommission der KPdSU I. W. Kapitonow und anderen Genossen begrüßt.

Zugegen waren die interimistischen Geschäftsträger der USA in der UdSSR R. Combs und Islands in der UdSSR B. Jonsson.

(TASS)

# Pressekonferenz M. S. GORBATSCHOWS

Der Generalsekretär des ZK der KPdSU M. S. Gorbatschow sprach am 12. Oktober auf einer internationalen Pressekonferenz in Reykjavik zu den Ergebnissen des Treffens mit dem Präsidenten der USA R. Reagan.

M. S. Gorbatschow erklärte zu Beginn der Pressekonferenz: „Guten Abend, meine Damen und Herren, Genossen! Ich begrüße alle Anwesenden auf dieser Pressekonferenz.“

Ich denke, es ist etwa eine Stunde vergangen, seitdem das Treffen mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Herrn Reagan, zu Ende gegangen ist. Es hat etwas länger gedauert, als wir vorgesehen hatten. Die Sache hat das erforderlich gemacht, und im Zusammenhang damit möchte ich mich bei Ihnen dafür entschuldigen, daß ich nicht rechtzeitig zu der angesagten Zeit eingetroffen bin. Sie wissen, daß das Treffen auf Initiative der sowjetischen Führung stattgefunden hat. Aber es hätte natürlich nicht stattfinden können, wenn nicht von Seiten Herrn Reagans Einverständnis zu diesem Treffen vorgelegen hätte. Und deshalb würde ich sagen, daß es unsere gemeinsame Initiative war, dieses Treffen durchzuführen.

Jetzt ist es zu Ende gegangen. Manchmal sagt man, wenn man sich zu nahe in die Augen blickt, kann man nicht mehr das ganze Gesicht erkennen. Ich bin gerade erst von dem Treffen zurück, das besonders in der letzten Etappe mit heißen Diskussionen verlief. Ich stehe noch unter dem Eindruck dieser Diskussionen. Doch werde ich mich schon jetzt bemühen, nicht nur meine Eindrücke wiederzugeben, sondern auch das Geschehene zu analysieren. Trotzdem sind das die ersten Eindrücke, erste Einschätzungen und eine erste Analyse. Die umfassende Einschätzung des gesamten Treffens liegt noch vor uns. Es ist ein großes Treffen gewesen. Und Sie werden das spüren, wenn ich Ihnen vom Inhalt des Treffens und den Problemen berichten werde, die Gegenstand einer sehr breiten und intensiven, sehr engagierten Diskussion waren.

Die Atmosphäre auf dem Treffen war freundlich. Wir hatten die Möglichkeit, frei und unbegrenzt unsere Ansichten darzulegen. Das hat es uns ermöglicht, unser Verständnis vieler großer Probleme der Weltpolitik, der zweiseitigen Beziehungen und vor allem der Probleme, die im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der gesamten Weltöffentlichkeit stehen, zu vertiefen. Das sind die Probleme von Krieg und Frieden, der Einstellung des nuklearen Weltrüstens, mit einem Wort, der gesamte Fragenkomplex, der dieses Thema umschließt.

Bevor ich aber mit der unmittelbaren Charakterisierung des Treffens, des Inhalts der Diskussionen, der Vorschläge der Seiten und der Ergebnisse dieses Treffens beginne, möchte ich Ihnen erklären, warum wir die Initiative unterbreitet haben dieses Treffen in Reykjavik durchzuführen.

Ich lese regelmäßig die Weltpresse und habe in diesen Tagen verspürt, welche breite Resonanz die Ankündigung dieses Treffens hervorgerufen hat. Es wurde viel gesagt, sowohl an die Adresse des Generalsekretärs des ZK der KPdSU als auch an die des USA-Präsidenten. Man stellte die Frage: Handelt es sich nicht überflüssig? Ist es wirklich notwendig? Wer hat wen nachgegeben? Wer hat wen ausgestochen? Und so weiter und so fort. Wissen Sie, der Anlaß, der als Ausgangspunkt dafür diente,

daß wir dem USA-Präsidenten angeboten haben, uns unverzüglich zu treffen, und der Entschluß des USA-Präsidenten, Herrn Reagan, dem zuzustimmen, sind sehr wichtig.

Ich will aber auf Genf zurückkommen. Als wir damals erstmals zusammenkamen, war das ein wichtiger Dialog. Und auch jetzt, nachdem nicht wenig Zeit verstrichen ist, schätzen wir dieses Treffen in Genf genauso ein.

Wie Sie sich erinnern werden, haben wir damals die besondere Verantwortung der UdSSR und der Vereinigten Staaten von Amerika für die Erhaltung des Friedens festgestellt und gemeinsam erklärt, daß der Kernwaffenkrieg niemals entfesselt werden darf und daß es darin keine Sieger geben kann. Das ist eine Feststellung von gewaltiger Bedeutung. Wir haben ebenfalls erklärt, daß keine der beiden Seiten nach militärischer Oberlegenheit streben wird. Und das ist ebenfalls eine wichtige Feststellung.

Seit Genf ist fast ein Jahr verstrichen. Die sowjetische Führung ist den in Genf übernommenen Verpflichtungen treu geblieben. Aus Genf zurückgekehrt, haben wir unser Moratorium verlängert. Es war bis zum 1. Januar dieses Jahres festgelegt. Bereits 14 Monate herrscht auf unseren Versuchsgeländen Stille — das ist ebenfalls ein Zeichen unserer Treue zu den Genfer Vereinbarungen und unserer Verantwortung für die Geschichte der Welt. Sind es doch keine leichten Entscheidungen, bedenkt man, daß in dieser Zeit die Explosionen in Nevada fortgesetzt werden — auch heute noch stattfinden. Am 15. Januar unterbreiten wir eine wichtige Erklärung, in der das Programm zur Beseitigung der Kernwaffen bis zum Ende dieses Jahrhunderts begründet wurde.

Im Juni dieses Jahres unterbreiten die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages ein umfassendes Komplexprogramm zur weitreichenden Reduzierung der konventionellen Rüstungen und Streitkräfte in Europa. Das ist ebenfalls ein wichtiger Schritt, der den Sorgen Rechnung trägt, die von den Westeuropäern und den Vereinigten Staaten ausgesprochen wurden.

Wir zogen die Lehren aus der Tragödie von Tschernobyl und haben die Initiative unterbreitet, eine außerordentliche Tagung der IAEA in Wien einzuberufen. Diese fand statt und sie kennen ihre Ergebnisse. Sie sind vielversprechend. Wir vertiefen jetzt über einen internationalen Mechanismus, der uns die Möglichkeit gibt, viele wichtige Fragen der Sicherheit der Kernenergie zu lösen.

Mit anderen Worten, wir haben in vergangener Zeit — und ich glaube, daß ich nicht übertreibe, wenn ich unsere Politik so einschätze, denn ich spreche von Tatsachen und nicht von Absichten — alles getan, um zu helfen, ein neues Denken im Nuklearzeitalter auszubilden. Wir bringen unsere Befriedigung zum Ausdruck, daß die Keime dieses neuen Denkens auch auf dem europäischen Kontinent wachsen. Insbesondere kam das im Erfolg von Stockholm zum Ausdruck.

Möglicherweise höre ich jetzt mit dieser Aufzählung jener konkreten Aktionen auf, die wir unternehmen haben, ausgehend von Buchstaben und Geist der Vereinbarungen mit Präsidenten Reagan in Genf. Ich denke, die Fakten selbst ermöglichen es Ihnen, unser ernsthaftes Herangehen an die Vereinbarungen von Genf zu beurteilen.



Während der Pressekonferenz

Ich komme jetzt zu den Motiven, warum wir die Initiative zu dem Treffen in Reykjavik ergriffen haben?

Die Hoffnungen auf eine große Wende in der internationalen Lage, die alle nach dem Treffen in Genf hatten, begannen gedämpft zu werden. Ich glaube nicht ohne Grund, im Verlauf der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen wurde sehr viel gesagt, vielleicht sogar zuviel, und wo, wie ich gestern zum Präsidenten sagte, 50 bis 100 Varianten aller möglichen Vorschläge ins Spiel gebracht wurden. Schon das allein ruft Zweifel daran hervor, ob dort eine fruchtbare Diskussion stattfindet. Wenn es eine oder zwei Varianten, vielleicht sogar drei Varianten wären, würde das natürlich ein Schritt sein, die Diskussion einzugrenzen und die Suche nach bestimmten wichtigen Richtungen zu konzentrieren. Dann könnte man darauf hoffen, daß diese Suche konkrete Vereinbarungen und Vorschläge an die Regierungen als Ergebnis hat. Nichts davon findet in Genf statt — obwohl dort die Hauptfragen der Weltpolitik erörtert werden. Mehr noch, ich sage es gerade heraus.

Diese Verhandlungen gehen in letzter Zeit im Leerlauf und sind praktisch in eine Sackgasse geraten. Das Weltrüstens ist nicht gestoppt. Es wird immer deutlicher, daß die Sache an eine solche Grenze gerät, hinter der eine neue Runde des Weltrüstens unausweichlich Folgen in politischer und militärischer Hinsicht.

Unsere umfassenden Initiativen, von denen ich zu Beginn sprach, haben in der Weltöffentlichkeit lebhaftes Echo gefunden. Sie sind jedoch bei der USA-Administration nicht auf das entsprechende Verständnis gestoßen.

Die Situation hat sich verschlechtert. Die Beunruhigung in der Welt nahm weiter zu. Ich glaube, und ich übertreibe nicht, wenn ich sage — Sie sind Zeugen, die Welt brodelte. Die Welt brodelte und fordert von den führenden Repräsentanten aller Länder, in erster Linie der Großmächte, vor allem der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika, den politischen Willen und Entschlossenheit an den Tag

zu legen, um den gefährlichen Tendenzen Einhalt zu gebieten.

Es mißte etwas getan werden, um den Lauf der Ereignisse umzukehren. Wir sind zu der Schlussfolgerung gelangt, daß ein neuer Impuls, ein starker Impuls notwendig ist, um dem Prozeß die erforderliche Richtung zu geben. Solche Impulse können nur auf der Ebene einer Begegnung der führenden Repräsentanten der UdSSR und der Vereinigten Staaten von Amerika gegeben werden. Gerade deshalb habe ich in Beantwortung des Briefes Präsident Reagans vom 25. Juli beschlossen, ihn zu einem unverzüglichen Treffen einzuladen. Ich sagte, die Situation sei so, daß man die Geschäfte für ein bis zwei Tage liegen lassen und sich unverzüglich treffen sollte.

Dieser Brief wurde von Genossen Schewardnadse dem Präsidenten überreicht.

Und nun kam es zu dieser außerordentlich wichtigen Begegnung. Wir nahmen an, daß von ihren Ergebnissen vieles abhängen wird. Und natürlich sind wir nicht mit leeren Händen zu diesem Treffen gekommen.

Was haben wir nach Reykjavik mitgebracht? Wir sind mit einem ganzen Paket bedeutender Vorschläge gekommen, die, wenn sie angenommen würden, wirklich in kurzer Zeit, ich würde sagen, eine Wende in allen Richtungen des Kampfes für die Begrenzung der Kernwaffen herbeiführen, die Gefahr eines Kernwaffenkrieges real bannen könnten und es ermöglichen würden, eine Vorwärtsbewegung in Richtung auf eine Welt ohne Kernwaffen einzuleiten.

Ich habe dem Präsidenten vorgeschlagen, daß wir in Reykjavik unseren Außenministern und anderen verantwortlichen Institutionen verbindliche Aufträge erteilen sollten, drei Entwürfe von Abkommen vorzubereiten, die wir später während meines Besuchs in den Vereinigten Staaten von Amerika unterzeichnen könnten.

Das erste betrifft die strategischen Rüstungen. Wir haben vorgeschlagen, diese um 50 Prozent und nicht weniger zu reduzieren, und zwar mit dem Ziel, diese lebenswichtigen Waffen schließlich völlig zu liquidieren. Wir sind davon ausgegangen, daß die Welt wirk-

lich bedeutende Schritte zu einer gründlichen Reduzierung erwartet, und nicht irgendwelche kosmetische Maßnahmen, nur um die Weltöffentlichkeit für eine gewisse Zeit zu beschwichtigen. Wir sind jetzt einfach an einem Zeitpunkt angelangt, an dem kühnes und verantwortungsvolles Handeln erforderlich ist — im Interesse der ganzen Welt, darunter auch der Völker der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika.

Natürlich müßten die sowjetische und die amerikanische Delegationen, die mit der Ausarbeitung dieses Dokuments beauftragt wurden, die Reduzierung der historisch entstandenen Strukturen der strategischen Rüstungen gut und ehrlich ausbalancieren. Es geht um eben jene Triade, die bereits bei der Ausarbeitung von SALT 2 anerkannt wurde. Und als wir begannen, dieses Problem mit dem Präsidenten zu erörtern, wurde erneut all das zur Sprache gebracht, was bei den Genfer Verhandlungen eine Rolle spielt, alle Niveaus und Unterebenen, mit einem Wort, sehr viel Arithmetik, um die Sache zu verwerfen. Wir haben dann unseren Vorschlag folgendermaßen präzisiert: Jeden Teil der strategischen Angriffswaffen — strategische landgestützte Raketen, strategische U-Boot-gestützte Raketen und strategische Bomber um die Hälfte zu reduzieren.

Die amerikanische Delegation war damit einverstanden. Auf diese Weise sind wir in einer sehr wichtigen Frage übereingekommen.

Ich mache Sie dabei darauf aufmerksam, daß wir hier ernste Zugeständnisse gemacht haben. Sie erinnern sich wohl auch daran, daß wir, als wir den Vorschlag über die 50prozentige Reduzierung in Genf aufgeworfen haben, auch die Mittelstreckenraketen zu den strategischen Waffen zählten, da sie unser Territorium erreichten. Jetzt haben wir diese Forderung aufgegeben und auch die Frage der vorgeschobenen Mittel von der Tagesordnung gestrichen.

Dank dieses großzügigen Zugeständnisses ist nun in Reykjavik eine Übereinkunft über die Reduzierung der strategischen Waffen erzielt worden. Unser zweiter Vorschlag betraf die Raketen mittlerer Reichweite.



Fotos: TASS

Wir haben vorgeschlagen, die Vorbereitung eines Abkommens auch über diese Waffenart zu beantragen mit dem Ziel, von allen bisher diskutierten Varianten Abstand zu nehmen — von den Zwischenvarianten, den zeitweiligen Varianten und so weiter — und zu dem früheren amerikanischen Vorschlag zurückzukehren, das heißt die amerikanischen und die sowjetischen Mittelstreckenraketen in Europa vollständig zu beseitigen. Dabei ließen wir, im Unterschied zu unseren Genfer Vorschlägen, das nukleare Potential Frankreichs und Großbritanniens völlig beiseite. Obwohl dies, das verstehen Sie wohl, ein sehr großzügiges Zugeständnis von unserer Seite war. Denn diese beiden Länder sind Verbündete der USA und besitzen ein nukleares Potential, das weiter vergrößert und vervollkommen wird. Und ihre gesamte militärische Tätigkeit wird im NATO-Rahmen in allen Punkten eingehend aufeinander abgestimmt. Das wissen wir sehr genau. Nichtdestoweniger haben wir dieses Hindernis für das Abkommen gestrichen.

Da war man um Asien besorgt. Wir haben auch zu dieser Frage einen Kompromiß vorgeschlagen: Sofort Verhandlungen aufnehmen, die Vorbehalte ergründen und eine Lösung finden. Wir haben verstanden, daß man mit der Frage der Raketen mit einer Reichweite bis zu 1.000 Kilometer nicht herumkommt und haben auch zu dieser Frage einen Vorschlag unterbreitet: Diese Raketen jetzt einzufrieren und über ihr Schicksal zu verhandeln. Zu solchen umfassenden Schritten sind wir bereit. Mir scheint, daß dies die Amerikaner von uns nicht erwartet haben. Und sie finden wieder an zu diskutieren und erklärten offen, was ihnen nicht paßt — ihre Raketen aus Europa abziehen. Sie wollten uns wieder eine Zwischenvariante anbieten. Wir aber beharrten auf der vollständigen Befreiung Europas von den sowjetischen und amerikanischen Mittelstreckenraketen.

Während der Diskussion zu dieser Frage lenkten wir die Aufmerksamkeit des USA-Präsidenten darauf, daß er, wie es sich zeigt, seine eigene Schöpfung, die Null-Variante, verweigert, die er seinerzeit hartnäckig vorgeschlagen hat-

te. Und wir sind jetzt entgegenger-

kommen. Die Diskussion dauerte bis zum heutigen Tag. Es war eine scharfe Diskussion. Und wir haben beschlossen, noch einen konstruktiven entgegenkommenden Schritt zu tun. Wir erklärten, daß wir, bei Liquidierung der amerikanischen und sowjetischen Raketen in Europa, darin übereinkommen, auf jeder Seite 100 Gefechtsköpfe auf den Mittelstreckenraketen zu belassen. Die Amerikaner behalten genausoviel Gefechtsköpfe auf diesen Raketen, die sich auf dem Territorium der USA befinden.

Wir haben uns letztendlich geeinigt, ein Abkommen auch zu dieser Frage zu unterzeichnen, obwohl, wie ich bereits sagte, auch hierbei unser großes Zugeständnis beitrug.

Irgendwie müssen wir ja von der Stelle kommen. Ich habe davon schon des öfteren gesprochen. Es sind kühne, ungewöhnliche Lösungen vonnöten! Wenn wir immerzu auf vergangene Erfahrungen zurückgreifen und das nutzen, was aus einer völlig anderen Zeit stammt, und nicht berücksichtigen, wo wir uns heute befinden und wo wir uns morgen befinden werden, und daß dieses Morgen überhaupt nicht abrechen kann, wenn wir so handeln, dann würde es keinen Dialog geben. Man muß doch irgendwie beginnen. Und wir sind auf einen solchen Kompromiß eingegangen, obwohl das, ich wiederhole, nicht leicht für uns war. Wir sind uns also während des Treffens auch über die Frage der Liquidierung und der Reduzierung der Raketen einig geworden.

In Anbetracht dessen, daß wir zu einer wesentlichen Reduzierung der nuklearen Rüstungen bereit sind, stellen wir die Frage folgendermaßen: Da wir in die konkrete Etappe der Liquidierung der Kernwaffen eintreten, sollte völlige Klarheit über die Kontrolle bestehen. Jetzt muß die Kontrolle strenger sein. Die Sowjetunion ist für eine dreifache Kontrolle, die jeder Seite die völlige Gewißheit gibt, daß sie nicht ins Hintertreffen, in eine Falle gerät. Wir bekräftigten unsere Bereitschaft für beliebige Formen der Kontrolle. In Anbetracht solcher unserer Position wurde auch diese Frage von der Tagesordnung gestrichen.

Wir nehmen die praktische Liquidierung der Kernwaffen in Angriff. Und das ergibt ein anderes Problem: Jede Seite muß die Garantie haben, daß in dieser Periode keine der Seiten die militärische Oberlegenheit anstrebt. Nach meiner Meinung ist das eine vom politischen und militärischen Standpunkt aus völlig gerechtfertigte und gesetzmäßige Fragestellung.

Vom politischen Standpunkt aus: Wenn wir mit der Reduzierung beginnen, dann müssen wir uns darum kümmern, daß alle gegenwärtig wirkenden Bremsen, die eine Entwicklung neuer Waffenarten verhindern, nicht nur erhalten bleiben, sondern auch verstärkt werden.

Vom militärischen Standpunkt aus: Man muß wirklich dafür sorgen, daß nicht die Situation entsteht, daß — während beide Seiten ihr nukleares Potential reduzieren — eine Seite insoweit die Initiative ergreift und militärische Oberlegenheit erlangt. Das ist unzulässig. Ich beziehe das auf die Sowjetunion, doch wir haben das Recht, diese Forderungen auch der amerikanischen Seite zu stellen. In

(Schluß S. 2)



# Pressekonzferenz M. S. GORBATSCHOWS

(Schluß)

diesem Zusammenhang stellten wir die Frage so: In der Zeit, da wir in die Etappe einer realen, einer tiefgreifenden Reduzierung und bereits in zehn Jahren in die der Beseitigung des nuklearen Potentials der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika eintreten, ist es erforderlich, die Mechanismen, die das Vertrauen zügeln, und vor allem einen solchen wie den ABM-Vertrag, nicht zu erschüttern, sondern zu festigen.

Und unsere Vorschläge reduzieren sich auf folgendes: Wir stärken den unbefristeten ABM-Vertrag dadurch, daß beide Seiten die gleiche Verpflichtung übernehmen, während der nächsten zehn Jahre nicht von dem Recht Gebrauch zu machen, aus dem Vertrag auszusteigen.

Ist es eine richtige, eine logische Fragestellung? Ja, eine logische. Ist es eine ernsthafte Fragestellung? Ja, eine ernsthafte.

Entspricht sie den Interessen beider Seiten? Ja, sie entspricht.

Zugleich haben wir uns dafür ausgesprochen, daß im Laufe dieser zehn Jahre alle Forderungen des ABM-Vertrages strikt eingehalten, die Entwicklung und Erprobung von Weltraumwaffen verboten und daß lediglich Labortests erlaubt werden.

Was wollten wir damit sagen? Wir kennen das Festhalten der amerikanischen Administration, des Präsidenten an SDI. Mag sein, unsere Zustimmung zur Fortsetzung und zur Möglichkeit der Labortests gibt dem Präsidenten die Möglichkeit, die Forschungen zu Ende zu bringen und herauszufinden, was SDI ist und was man damit anfangen kann, obwohl es für viele und auch für uns schon lange klar ist, worum es sich handelt.

Und eben hier prallen die beiden Auffassungen der Weltpolitik, unter anderem zu solchen Fragen wie Stopp des Weltraumtests und Verbot der Kernwaffen, aufeinander. Die amerikanische Administration und der Präsident beharren bis zuletzt darauf, daß Amerika das Recht hat, alles, was SDI betrifft, nicht nur in Laboratorien zu erforschen und zu testen, sondern auch außerhalb, unter anderem auch im Weltraum.

Und wer wird darauf eingehen? Ein Verrückter? Aber die Verrückten befinden sich in der Regel dort, wo sie geheilt werden. Auf jeden Fall sehe ich sie nicht unter den Leuten, die führende Positionen innehaben und besonders nicht unter denen, die am Staatsruder stehen.

Wir haben uns am Rande des Abschlusses größter historischer Entscheidungen befunden. Bis jetzt ging es nur um die Begrenzung der Rüstungen. Wir schlossen den ABM-Vertrag, die Verträge SALT I und SALT 2 ab und so weiter. Da aber die amerikanische Administration, wie wir jetzt begriffen haben, im Glauben an ihren technologischen Vorsprung hofft, durch SDI militärische Überlegenheit zu erlangen, ist sie sogar soweit gegangen, Vereinbarungen zu untergraben, die wir bereits getroffen hatten.

Wir haben schon vorgeschlagen, den Auftrag zu erteilen, Verträge auszuarbeiten, ausgehend von ihrer praktischen Realisierung. Und bei dem Treffen in Washington hätte man sie unterzeichnen können. Doch die USA-Administration hat das alles vereitelt. Ich sagte dem Präsidenten, daß wir eine historische Chance verpassen, noch nie zuvor waren unsere Positionen so nahe.

Beim Abschied sagte mir der Präsident, daß er enttäuscht sei, und daß ich von Anfang an, als ich hierher kam, nicht vorhatte, nach Überkünften und Abkommen zu suchen. Warum zeigen Sie auf Grund eines Wortes eine solche Hartnäckigkeit im Herangehen an SDI und das Problem der Tests sowie des Verständnisses für diese Problematik? Ich glaube, es geht nicht um Begriffe, sondern um das Wesen. Und eben darin liegt der Schlüssel für das Verständnis dafür, was in den Hirnen der amerikanischen Administration vor sich geht. Meiner Ansicht nach hat sie das im Kopf, was — ich sehe das heute klar — der amerikanische Militär-Industrie-Komplex denkt. Die Administration ist in dessen Macht und der Präsident hat nicht die Freiheit, eine entsprechende Entscheidung zu treffen. Wir haben Pausen eingelegt, diskutiert. Und ich sehe, daß der Präsident keine Unterstützung bekommen hat. Und damit scheiterte unser Treffen, als wir schon nahe daran waren, historische Ergebnisse zu erzielen.

So stellt sich die dramatische Situation dar, zu der es auf dem Treffen kam. Und trotz bedeutender Zugeständnisse von unserer Seite konnten wir denn auch keine Übereinkunft erzielen.

„Wenn unser Dialog mit den USA seinerzeit auch schwierig war, wurde er doch nach Genf fortgesetzt. Ich habe dem Präsidenten gegenüber meine Meinung geäußert, wie unser Treffen während meines Besuchs in den Vereinigten Staaten aussahen soll. Sie ist ihnen bekannt. Das ist keine Bedingung, es ist, wie ich es sehe, die Auffassung von unserer Verantwortung, meiner und der des Präsidenten, die eben ein solches Herangehen an das bevorstehende Treffen in Washington diktiert. Wir brauchen ein Treffen mit Ergebnissen. Es muß wirklich zu spürbaren Veränderungen und Schritten führen, besonders in so breiten Fragen, wie es die Rüstungskontrolle, die Beendigung des Weltraumtests sowie die Liquidierung der Kernwaffen sind.“

Ich habe ihm das in meinen Briefen geschrieben und beim Treffen gesagt: Wir dürfen nicht, Herr Präsident, zulassen, daß unser Treffen in Washington scheitert. Und deshalb habe ich mich dafür ausge-

sprochen, daß wir uns unverzüglich treffen. Wir haben genug Dinge, die wir konstruktiv vorbringen können, damit wir übereinkommen und bei einem Treffen in Washington mit seriösen Vorschlägen und Lösungen auftreten können.

Ich kann mir den Gedanken, daß ein Treffen in Washington scheitern könnte, auch nicht eine Minute lang erlauben. Und was sollen dann die Menschen denken, sowohl in der Sowjetunion als auch in den USA und in der ganzen Welt? Was für Politiker stehen an der Spitze zweier großer Staaten. Da treffen sie sich, schreiben sich Briefe, bereits das dritte Treffen haben sie durchgeführt und können nicht übereinkommen. Ich würde sagen, das wäre einfach ein skandalöses Ergebnis mit unvorhersehbaren Folgen. Das dürfen wir einfach nicht zulassen. Das würde Enttäuschungen in der ganzen Welt hervorrufen, nicht nur in unseren Ländern. Nun, das ist eigentlich der Sinn des Treffens in Washington, wie und mit welchen Ergebnissen wir es durchführen. Das bewog uns, die Initiative zu unterbreiten, hier in Reykjavik ein Arbeitstreffen durchzuführen, um sachlich alles zu analysieren, uns gegenseitig aufmerksam anzuhören und zu versuchen, gemeinsame Berührungspunkte zu finden, um also jenes gemeinsame Vorgehen zu finden, das den Interessen unserer beiden Länder, unserer Verbündeten und der Völker aller Länder entsprechen würde.

Doch leider sind die Amerikaner zu diesem Treffen mit bloßen, leeren Händen gekommen, mit diesem sozusagen eingemotteten Gepäck, das auch die Genfer Verhandlungen zu ersticken drohen. Wir haben, wie Sie sehen, unsere Vorschläge unterbreitet, um diese Situation zu beenden, den Weg zu öffnen und diesen Prozeß in eine neue Etappe zu überführen, die Fragen tatsächlich zu lösen.

Nun, ich habe Ihnen ja bereits gesagt, was geschehen ist. Was ist zu tun? Es bleiben die Vereinigten Staaten als Realität, es bleibt die Sowjetunion als Realität. Jemandem, der ein russisches Schriftsteller wollte Amerika abschaffen, aber das ist ihm nicht gelungen. Einen solchen Komplex haben wir nicht. Amerika ist eine Realität, und was für eine. Die Sowjetunion ist meiner Ansicht nach auch beeindruckende Realität. Aber auch die Welt ist eine Realität. Wenn man die Realitäten der Welt von heute nicht berücksichtigt, so kann man nicht nur kein Ansehen erreichen, man kann vor allem auch nicht die anstehenden Probleme lösen.

Und hier haben wir während des Treffens gespürt, daß das neue Denken fehlt. Wieder ist das Gespenst der Jagd nach militärischer Überlegenheit aufgetaucht. Ich habe mich im Sommer mit Herrn Nixon getroffen, und er hat mir damals im Gespräch gesagt: Ausgehend von meinen großen politischen und Lebenserfahrungen habe ich Grund zu der Annahme, daß uns die Jagd nach diesem Gespenst sehr weit geführt hat. Und jetzt wissen wir nicht, wie wir aus diesem Labyrinth herauskommen sollen, das die angehäuften Berge von Kernwaffen bilden. All das kompliziert und vergiftet die Atmosphäre in der Welt. Und doch denke ich, daß es Vereinbarungen geben hat, es ist nur nicht gelungen, sie in eine Form zu bringen.

Wir haben diese Fragen und Vorschläge als Komplex gestellt. Ich denke, Sie verstehen, warum wir das gemacht haben. Allein der Weg, den wir zurückgelegt haben, bis zu solchen Vereinbarungen über die große Reduzierung von Kernwaffen, bereits eine große Erfahrung war, ein großer Gewinn war, den wir erzielt haben.

Ich meine, daß sowohl der USA-Präsident als auch wir die ganze Situation noch einmal überdenken müssen, die hier im Endeffekt auf unserem Treffen entstanden ist. Wir müssen nochmals zurückkehren und versuchen, das zu überwinden, was uns trennt. Wir haben uns doch bereits über vieles geeinigt, haben vieles hinter uns gelassen. Vermutlich muß sich der Präsident noch mit dem Kongreß beraten, mit politischen Kreisen und der amerikanischen Öffentlichkeit. Amerika muß noch einmal nachdenken. Wir werden abwarten, ohne unsere Vorschläge zurückzunehmen, die wir veröffentlicht haben. Im Grunde genommen haben wir zu diesen Vorschlägen Vereinbarungen getroffen. Das zum Ersten.

Zweitens: Ich denke, daß alle realistischen Kräfte in der Welt jetzt handeln müssen. Wir alle, die wir in der sozialistischen, in der kapitalistischen Welt oder aber in den Entwicklungsländern leben, haben heute die einmalige Chance, endlich konkret an die Einstellung des Weltraumtests zu gehen, die Kernwaffen zu verbieten, sie zu vernichten und die nukleare Bedrohung von der Menschheit abzuhängen. Im Zusammenhang damit haben wir dem Präsidenten den Vorschlag unterbreitet, daß wir vereinbaren, uns gleich nach Abschluß des Treffens in Reykjavik an den Verhandlungen zu setzen und über das Verbot der Kernwaffen zu sprechen. Dabei haben wir vorgeschlagen, daß das ein Prozeß sein wird, in dessen Verlauf wir in irgendeiner Etappe — vielleicht sogar vorrangig — so wohl die Frage der Schwellen, der Sprengkraft der Nuklearexplosionen als auch der jährlichen Anzahl der Nuklearexplosionen sowie das Schicksal der Verträge von 1974 und 1976 erörtern könnten und bis zur Ausarbeitung eines vollwertigen Vertrags über das vollständige und endgültige Verbot der Nuklearexplosionen kommen würden.

Ich sage, wir waren nahe daran, auch für diese Frage eine Formel zu finden. Wir haben der amerikanischen Seite gesagt: Wir fordern

von ihnen kein Moratorium, das ist ihre Sache. Sie werden ihrem Kongreß und ihrem Volk Rechenschaft darüber geben, ob sie während der Verhandlungen, die wir beginnen werden, weiter Nuklearexplosionen vornehmen oder ob sie sich unserem Moratorium anschließen würden. Doch wollen wir uns zusammensetzen und umfassende Verhandlungen führen, um ein Abkommen über das vollständige und endgültige Verbot von Nuklearexplosionen auszuarbeiten.

Gleichzeitig werden wir auch die Fragen erörtern, von denen Sie sprechen — über die Kontrolle, die Schwellen — über die Anzahl der Nuklearexplosionen über die Vereinbarung von 1974 und 1976. Das alles können wir erörtern. Es kam zu einer Annäherung. Als es aber zu einem Bruch bei dem ABM-Vertrag kam, als die Diskussion abbrach und das ganze Suchen aufhörte, haben wir unser Treffen beendet.

Ich glaube, wir und die Amerikaner müssen jetzt alles nochmals überdenken, und auch die ganze Weltöffentlichkeit muß sich Gedanken machen über die entstandene Situation in der Welt bei der wichtigsten Frage, die den Menschen aller Länder Sorgen macht — der Frage von Krieg und Frieden, der Frage der nuklearen Bedrohung. Ich denke, ich übertreibe nicht, alles, was wir dem Präsidenten vorgeschlagen haben, entspricht sowohl den Interessen des amerikanischen Volkes als auch den Interessen der Völker aller Länder. Wenn jemand aber anderer Meinung ist, so haben wir alle heute das Recht zu sagen, was sie wollen. Ich habe das Recht zu sagen, was das amerikanische Volk, das sowjetische Volk, und die Völker aller Länder fordern.

Ich kam zu diesem Treffen und sagte, daß die Zeit gekommen sei zu handeln. Diese Worte erwiesen sich als prophetisch.

In der Tat, es ist an der Zeit zu handeln. Wir dürfen keine Zeit verlieren. Und wir werden handeln. Wir werden von unserem Kurs auf Frieden, den Kampf gegen das Weltraumtest, für das Verbot von Kernwaffen, für die Beseitigung von Kernwaffen, dafür, die nukleare Bedrohung von unserer Erde abzuwenden, nicht abgehen. Und ich glaube, wir werden in diesem Kampf nicht allein stehen.

Das möchte ich Ihnen jetzt sagen, also unmittelbar nach dem Treffen. Vielleicht könnte ich mehr sagen, wenn ich die Möglichkeit hätte, das, was geschehen ist, besser zu überdenken. Aber ich glaube, ich habe mich durchaus klar und deutlich zu allen Fragen geäußert.

Ich spreche jetzt nicht davon, daß wir auch viele andere Fragen berührt haben. Wir sprachen über humanitäre Probleme, schnitten dabei konkrete Fragen an. Sie wissen schon wohl, daß es zwei Expertengruppen gab. An der Spitze der einen stand von unserer Seite der Marschall der Sowjetunion und Chef des Generalstabes Achromeljew, und von der amerikanischen Seite Paul Nitze. Sie haben praktisch die ganze Nacht hindurch gearbeitet.

Die Gruppe für humanitäre Probleme wurde von unserer Seite vom Stellvertreter des Außenministers Bessmertnyh, von der amerikanischen Seite vom Stellvertreter des Außenministers Frau Ridgway geleitet. Hier kam es ebenfalls zu einem interessanten Meinungsaustausch. Und bestimmte Vereinbarungen, die es dort gab, könnten als Bestandteil in das Abschlussdokument eingehen. Da aber das wichtigste scheiterte, brach der gesamte Prozeß ab.

Wie Sie sehen, es war ein insgesamt interessantes Treffen, ein wichtiges Treffen, ein vielversprechendes Treffen. Aber es hat erst einmal ein solches Ende genommen. Wir wollen aber nicht verzweifeln. Ich denke, dieses Treffen hat uns in eine wichtige Etappe geführt, es half uns zu verstehen, wo wir uns befinden, es hat gezeigt, daß Vereinbarungen möglich sind. Ich bin davon überzeugt. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Haben Sie trotz meiner doch recht ausführlichen Rede noch Fragen? Dann schließen Sie los. Wir werden eben bis zum Morgengrauen sitzen.

Frage (GSSR-Fernsehen): Michail Sergejewitsch, Sie sagten, hier in Reykjavik ist eine historische Chance vertan worden. Wann kann sich Ihrer Meinung nach eine neue Chance bilden?

Antwort: Wissen Sie, ich würde darauf eine optimistische Antwort geben. Es ist ja doch schon eine ganze Menge getan worden — am Vorabend des Treffens und auf dem Treffen selbst. Wenn wir von realistischen Positionen aus sowohl im Weißen Haus in den Vereinigten Staaten als auch bei uns in der sowjetischen Führung alles noch einmal überdenken und Realismus und Verantwortungsgelühl an den Tag legen, so ist die Möglichkeit, diese Fragen zu lösen, noch nicht verloren.

Haltung des Präsidenten ausgeübt. Frage (Australischer Rundfunk): Sie sagten, daß Präsident Reagan unter dem Einfluß des militärisch-industriellen Komplexes steht. Bedeutet dies, daß die nächsten zwei Jahre kein Ergebnis bringen? Haben Sie Hoffnung, daß der nächste Präsident der USA nicht unter dem Einfluß dieses Komplexes stehen wird?

Antwort: Bei allem, was heute der Militär-Industrie-Komplex darstellt, bei allem, was er für eine Rolle heute im realen Leben Amerikas spielt, werden wir seine Möglichkeiten doch nicht überschätzen. Das entscheidende Wort hat das Volk eines jeden Landes, so auch das amerikanische Volk.

Frage (Rundfunk und Fernsehen Islands): Wird die Sowjetunion nach dem negativen Ausgang des Treffens versuchen, im Gegenzug zu dem US-amerikanischen SDI-Programm etwas zu schaffen und wird sie ihr Weltraumtestprogramm auf volle Touren bringen?

Antwort: Ich glaube, Sie haben das Wesen der sowjetischen Position verstanden. Wenn wir jetzt die Etappe erreicht haben, in der wir eine einschneidende Reduzierung der nuklearen Rüstungen — sowohl der strategischen als auch der Mittelstreckenraketen — einleiten, und wir sind mit den Amerikanern schon übereingekommen, daß wir das im Verlauf von zehn Jahren tun werden, so haben wir das Recht zu fordern, daß uns für diesen Zeitraum garantiert wird, daß nichts Unvorhergesehenes passiert. Das schließt auch einen solchen Bereich wie den Weltraum und die Dislozierung von Raketenabwehrsystemen im Weltraum ein.

Ich habe dem Präsidenten gesagt — und hier lüfte ich vielleicht ein wenig den Schleier über unsern Meinungsaustausch —, uns beunruhigt SDI nicht in militärischer Hinsicht. Ich glaube, auch in Amerika glaubt schon keiner mehr daran, daß ein solches System geschaffen werden kann. Mehr noch. Wir werden darauf eine asymmetrische Antwort finden, sollte sich Amerika doch dazu entschließen. Ich habe zu ihm freilich gesagt: Wissen Sie, Herr Präsident, daß man mich bereits zu Ihrem SDI-Kampffahrten erklärt hat. Er war darüber erstaunt. Und ich sagte ihm darauf: Meine scharfe Kritik an SDI liefert Ihnen die überzeugendsten Argumente dafür, daß SDI notwendig ist. Sie sagen einfach: Da Gorbatschow dagegen ist, ist das eine gute Sache. Und man spendet Ihnen Applaus und gibt Ihnen Geld. Es finden sich aber bereits Zyniker und Skeptiker, die meinen, ob es nicht die heimtückische Absicht Gorbatschows sei, selbst von SDI die Finger zu lassen und Amerika durch SDI zu ruinieren. Darüber müssen Sie sich schon selbst klar werden. Auf jeden Fall, wir haben vor SDI keine Angst. Das sage ich in voller Überzeugung, denn in solchen Fragen zu bluffen, ist verantwortungslos. Es wird eine Antwort auf SDI geben. Sie wird asymmetrisch sein, aber es wird es geben. Dabei müssen wir keine großen Opfer bringen.

Wo liegen denn die Gefahren des SDI-Programms? Die erste Gefahr ist politischer Natur: Es entsteht sofort eine Situation, die Unsicherheit schafft, Mißtrauen und Verdacht anheißt, so daß dann keine Reduzierung von Kernwaffen in Frage kommen kann. Mit einem Wort, wir brauchen eine ganz andere Situation, um uns gründlich mit der Reduzierung von Kernwaffen befassen zu können. Zweitens gibt es auch noch einen militärischen Aspekt. Ober SDI läßt man zu neuen Waffenarten — das können wir auch mit aller Sachkenntnis sagen — in eine völlig neue Etappe des Weltraumtests gelangen. Dieses erste Folgen unvorhersehbar sind.

Heraus kommt, daß wir einerseits die Reduzierung der Kernwaffen vereinbaren, die heute besonders gefährlich und schrecklich sind, und auf der anderen Seite die Forschungszugänge in Natur durchführen müssen, um die modernsten Waffen zu entwickeln. Das ist doch nicht mit der normalen Logik zu vereinbaren.

Frage („Washington Post“): Sie haben eben ein weiteres Treffen mit Präsident Reagan gehabt, welchen Eindruck haben Sie nach zwei Tagen Verhandlungen vom Präsidenten als Politiker? Sind Sie der Meinung, daß er sich für das Schicksal der Welt genauso verantwortlich fühlt wie Sie?

Antwort: Ich habe den Eindruck, daß wir mit Herrn Reagan den Dialog fortsetzen können, daß wir weiter nach Lösungen großer lebenswichtiger Probleme suchen können, darunter auch solcher, von denen ich bereits sprach.

Frage (Dänisches Fernsehen): Bedeutet die unbefriedigende Ergebnissen dieses Treffens, daß es keinen Fortschritt beim Verbot von Nukleartests sowie bei anderen Fragen, die gestern und heute zur Diskussion standen, geben wird? Steht das Verbot von Nukleartests in Verbindung mit anderen Problemen, die dieser Tage diskutiert wurden?

Antwort: Ich habe diese Frage bereits beantwortet. Wir sind der Meinung, daß damit weder unsere Kontakte zu den Amerikanern und zum Präsidenten noch die internationalen Beziehungen abgebrochen werden. Die Suche geht weiter und wird weiter gehen. Ich glaube, daß das, was hier in Island vor sich gegangen ist, erst recht zu einem mächtigen Stimulus werden muß, damit wir alle jetzt begreifen, daß man sich in dem Kampf einreihen muß für die Normalisierung der internationalen Lage, für die Suche nach Auswegen aus verfahrenen Situationen, darunter auch solcher, von denen hier in Reykjavik die Rede war, und eine solche verfahren Situation ist hier

auch entstanden. Aber ich bin Optimist.

Frage (Fernsehen der DDR): Sie sagten, das Treffen keine Ergebnisse brachte. Heißt das, daß es nutzlos war. Was meinen Sie, ist die Welt nach den Begegnungen in Reykjavik sicherer geworden?

Antwort: Ich glaube, Sie haben Ihre Frage gut durchdacht. Was mir bei unseren deutschen Freunden immer gefällt, das ist die Präzision des Ausdrucks und somit des Denkens. Ich glaube, daß das, was in Reykjavik vor sich gegangen ist, daß das Treffen ohne Ergebnis blieb — in den Fragen, die wir uns vorgenommen hatten, traurig, enttäuschend ist. Aber ich würde das Treffen nicht ergebnislos nennen, sondern umgekehrt, es ist dennoch eine Stufe im komplizierten, schwierigen Dialog und bei der Suche nach Lösungen schwieriger Fragen. Ja, insgesamt haben wir nach schwierigen Lösungen von schwierigen Fragen gesucht. Deshalb sollten wir in der Welt keine Panik verbreiten. Aber gleichzeitig muß man sagen, daß die Welt alles wissen muß, was vor sich geht, damit sie sich nicht als absichtslos stehender Beobachter fühlt. Jetzt ist die Zeit für aktive Handlungen aller Kräfte gekommen.

Frage (Amerikanisches Fernsehen ABC): Herr Generalsekretär, ich verstehe nicht, warum sich die sowjetische Seite angesichts der Möglichkeit, mit Präsident Reagan ein Abkommen über die Reduzierung der nuklearen Rüstungen zu erreichen, nicht mit Forschungen zu SDI einverstanden erklärt. Sie haben doch seinerzeit in Genf gesagt, Sie seien bereit, einen hohen Preis für die Reduzierung der Kernwaffen zu zahlen. Und jetzt, da es solche Möglichkeiten gab, haben Sie diese ausgelassen.

Antwort: Ihre Frage enthält schon ein Element der Kritik. Deswegen werde ich sie ausführlicher beantworten.

Erstens, der Präsident kam hierher mit leeren Händen und mit leeren Taschen. Und ich würde sagen, die amerikanische Seite brachte uns den Schein der Genfer Verhandlungen. Nur dank der weitreichenden Vorschläge der sowjetischen Seite konnten wir zu bedeutenden Vereinbarungen (ich verweise darauf, daß sie allerdings nicht schriftlich fixiert wurden) über die Reduzierung der strategischen Offensivwaffen und über die Mittelstreckenraketen kommen. Natürlich hofften wir, unter diesen Bedingungen, und ich glaube, das ist sowohl einem Politiker als auch einem Militär und einem normalen Menschen völlig verständlich, daß wenn wir derartige Vereinbarungen über bedeutende Reduzierungen von Kernwaffen unterzeichnen, dann muß man dafür sorgen, daß nichts passiert, was diesen Reduzierungen rückgängig, was uns in die Schenkel schenken könnte. Wir warfen dann die Frage nach der Verstärkung des ABM-Vertrages auf. Die amerikanische Seite versucht ständig, diesen Vertrag zu unterlaufen. Sie hat bereits den SALT-2-Vertrag in Frage gestellt, und nun würde sie gern hier in Reykjavik den ABM-Vertrag zu Grabe tragen und dazu noch unter Beteiligung der Sowjetunion und von Gorbatschow. Aber das gelingt nicht. Die ganze Welt würde uns nicht verstehen, davon bin ich überzeugt.

Alle, die hier sitzen, alle sind davon überzeugt, wenn wir auch noch den ABM-Vertrag zu attackieren beginnen, den letzten Mechanismus, der so viel für die Zügelung des Weltraumtests getan hat, dann sind wir als Politiker nichts wert. Aber es genügt nicht, die Bedingungen des Vertrages zu erhalten. Wenn tiefgreifende Reduzierungen von Kernwaffen beginnen, muß dieser Vertrag unserer Meinung nach von dem Mechanismus zur Verstärkung vorgeschlagen — im Laufe der zehn Jahre — in denen wir in unseren Ländern das nukleare Potential völlig reduzieren, vernichten, von dem Recht, aus diesem Vertrag auszutreten, keinen Gebrauch zu machen. Damit aber niemand in Versuchung gerät, damit weder die Sowjetunion versucht, Amerika bei Weltraumforschungen zu überholen und, sozusagen, vorzubrechen, militärische Überlegenheit zu erlangen, noch Amerika gegenüber der Sowjetunion eine Vorsprung zu erzielen, haben wir gleichzeitig erklärt: Wir sind für Erforschung und Erprobung unter Laborbedingungen, aber dagegen, daß die Erforschung und Erprobung von Elementen eines weltraumgestützten Raketenabwehrsystems im Kosmos erfolgt. Das ist unsere Forderung. Damit war unsere Forderung in diesem Falle auch konstruktiv und berücksichtigte die Position Amerikas. Wäre es einverstanden gewesen, hätte es die Möglichkeit erhalten, seine Fragen im Rahmen der Fortsetzung der Forschungen unter Laborbedingungen zu lösen, aber ohne den Versuch, ein weltraumgestütztes Raketenabwehrsystem zu schaffen. Ich glaube, das ist logisch, wie die Kinder sagen, eine eiserner Logik. Auch von den Kindern muß man manchmal lernen.

Jetzt geben wir den Frauen das Wort.

Frage („The Guardian“): Plant die Sowjetunion im Lichte dessen, was in Reykjavik geschehen ist, neue Initiativen im Hinblick auf Westeuropa?

Antwort: Ich denke, Westeuropa registriert, was ich sage. Und wenn es nachdenkt und unsere Vorschläge sorgfältig prüft, so wird es erkennen, daß diese Vorschläge seinen Interessen entsprechen. Wir sind uns bewußt, daß uns die Interessen Westeuropas nicht gleichgültig sein können. In Westeuropa hat das neue Denken Wurzeln geschlagen, und es wächst das Verantwortungsgefühl für die Erhal-

lung und Festigung unseres europäischen Hauses.

Frage („Newsweek“): Welche Absichten haben Sie für die Reise nach Washington? Sie sprachen davon, daß man bis dahin eine oder zwei Vereinbarungen erreichen müsse. Sind solche Vereinbarungen möglich, ehe Sie in Washington ankommen?

Antwort: Ungenachtet der Dramatik des heutigen Tages haben wir Washington nicht aufgegeben, denke ich, sondern uns ihm angenähert. Wenn der Präsident und die USA-Administration meinem Vorschlag folgen, all das weiter zu prüfen, worüber hier in Reykjavik gesprochen wurde, und wenn sie sich mit denen beraten, mit denen sie es für notwendig halten, so meine ich, daß noch nicht alles verloren ist. Es bestehen Möglichkeiten, gestützt auf das, was wir in Reykjavik besprochen haben, zu solchen Vereinbarungen zu gelangen, die die Begegnung in Washington real und möglich machen würden. Und sie können dann auch Ergebnisse bringen.

Frage (Cable News Network): Herr Gorbatschow, Sie sprachen davon, daß Präsident Reagan die Situation durchdenken und sich mit dem Kongreß, dem amerikanischen Volk beraten soll. Denken Sie, daß die amerikanische öffentliche Meinung das sowjetische Herangehen in dieser Hinsicht unterstützt?

Antwort: Wir wollen abwarten und sehen.

Frage („Rude Pravo“): Ich habe an Sie als Politiker und Juristen eine Frage. Wie sehen Ihrer Meinung nach die Prioritäten in den Menschenrechtsfragen im Zeitalter der Raketenkerwaffen aus, und welche Rolle kann der Faktor Mensch bei der Lösung von Krieg und Frieden spielen?

Antwort: Sie sind ein Philosoph. Ich kann nur sagen, daß ich mich auch einmal mit Philosophie befaßt habe. Ich habe wieder damit angefangen. Ich denke, wenn wir über die Menschenrechte sprechen, so muß man daran erinnern, das heute die Frage der Erhaltung des Friedens, der Abwendung der nuklearen Bedrohung von der Menschheit äußerste Priorität hat. Wenn Frieden sein wird, dann wird auch Leben sein, und irgendwo kommen wir mit den Problemen dann schon klar. Es gibt immer mehr gebildete Menschen auf der Welt. Ich denke, daß die Völker alle Probleme bewältigen werden. Deshalb würde ich bei den Menschenrechten das Recht des Menschen auf Leben an die Spitze stellen. Das ist das Erste.

Und das Zweite: Ich denke, im Nuklearzeitalter — und darin sehe ich gerade eine Erscheinung des neuen Denkens — stellt die Gefahr eines Kernwaffenkrieges die Frage nach der Rolle des Faktors Mensch im Kampf für den Frieden und die Verhinderung eines Krieges auf neue Art. Denn heute würde ein solcher Krieg alle betreffen, unabhängig davon, wo er beginnt. Nur Böswillige meinen, daß die gesamte Antikriegsbewegung, daß alle, die für den Frieden eintreten, den Mächtschaften Moskau folgen. Heute erheben sich Frauen, Kinder, Männer jeden Alters, reichen sich die Hände und fordern, diese gefährliche Tendenz zu stoppen, die die Welt auf einen Kernwaffenkrieg zubewegt. Ich denke, die Rolle des Faktors Mensch wird unter diesen Bedingungen bedeutend erstarken.

Frage („Isweslija“): Im Weißen Haus heißt es immer, die Hauptgefahr für Amerika gehe von den sowjetischen interkontinentalen Raketen aus. Wir haben in Reykjavik vorgeschlagen, im Laufe von zehn Jahren diese Hauptgefahr für Amerika zu beseitigen. Warum, Ihrer Meinung nach, war die andere Seite nicht bereit, darauf einzugehen und damit die Gefahr von Ihrem Land abzuwenden?

Antwort: Sie haben diese Frage völlig zu Recht gestellt. Viele Jahre hat die amerikanische Seite darauf verwendet zu behaupten, daß die Sowjetunion sozusagen nicht ernsthaft gesonnen sei, sich auf Abrüstung und die Beendigung des Weltraumtests einzustellen, den Sorgen Amerikas Rechnung zu tragen usw.

Wie Sie sehen, haben wir eine radikale Verminderung vorgeschlagen und stellen die Frage sehr scharf. Es gibt eine Triade strategischer Waffen. Das ist von uns und den Amerikanern anerkannt. Wir haben vorgeschlagen, diese ganze Triade strategischer Rüstungen in den ersten fünf Jahren um 50 Prozent zu reduzieren. Das ist ein großer Schritt.

Doch zugleich sagten wir den Amerikanern, daß wir auch bereit sind, 50 Prozent der strategischen Kräfte auf U-Boote stationiert, das sind 656 einzeln lenkbare Raketen. Und die U-Boote kreuzen bekanntlich in Meeren und Ozeanen um die Sowjetunion. Von wo aus werden sie den Schlag führen? Das ist nicht weniger gefährlich als die schweren bodengestützten Raketen.

Kurz, wenn man die Fragen nicht lösen will, dann sucht man nach Problemen, schafft künstliche Hindernisse. Aber diese Hindernisse wurden hier beseitigt, das ist wichtig. Denn wir sind einen sehr großen Schritt gegangen, haben Vorbehalte hinsichtlich Mittelstreckenraketen beiseite geschoben, die für Amerika strategische Bedeutung haben und die vorgeschobenen Waffensysteme haben wir aus der Rechnung herausgenommen bei der Lösung der Frage der strategischen Raketen. All das zeugt von unserem guten Willen. Doch die Amerikaner sind ungeachtet dessen darauf nicht eingegangen.

Die Amerikaner glauben, auf dem Weg über den Weltraum militärische Überlegenheit über uns errichten zu können. Sie wollen die Idee jenes Präsidenten verwirklichen, der einmal sagte: Wer im

Kosmos herrscht, der wird auch auf der Erde herrschen. Das zeigt, daß wir es noch immer mit imperialen Ambitionen zu tun haben.

Aber die Welt hat sich verändert. Die Welt wird und wird nicht eine Domäne der Vereinigten Staaten von Amerika werden, und sie wird auch keine Domäne der Sowjetunion sein. Jedes Land hat das Recht, seine Wahl zu treffen, auf seine Werte. Wenn das nicht anerkannt wird, dann gibt es keine internationalen Beziehungen, dann gibt es nur Chaos und Faustrecht. Wir werden damit niemals einverstanden sein.

Amerika trauert wahrscheinlich sehr den alten Zeiten nach, als es mächtig war. Auch in militärischer Hinsicht war es uns überlegen. Sind wir doch alle wirtschaftlich geschwächt aus dem Krieg hervorgegangen.

Es gibt dort offensichtlich eine gewisse Nostalgie. Nichtsdestoweniger muß man unseren amerikanischen Partnern wünschen, daß sie die heutigen Realitäten anerkennen. Auch für sie ist das notwendig. Sonst werden wir bei der Suche nach den richtigen Entscheidungen nicht vorankommen, wenn die Amerikaner nicht in den heutigen Kategorien zu denken beginnen und von den heutigen Realitäten ausgehen.

Frage (Bulgarische Fernsehen): Sowjetisch lernt man viel von den Gesprächen in Genf nicht abgebrochen, und die sowjetische Führung hat die Absicht, der sowjetischen Delegation den Auftrag zu erteilen, eine Lösung jener Fragen zu finden, die noch nicht gelöst sind.

Antwort: Sie haben recht.

Frage: Glauben Sie, daß nach Reykjavik die gleichen Instruktionen auch der amerikanischen Delegation gegeben werden?

Antwort: Ich hoffe, daß es so sein wird.

Frage (CTK): Welchen Einfluß wird Ihrer Meinung nach das Ergebnis des Treffens in Reykjavik auf den gesamteuropäischen Prozeß haben?

Antwort: Ich denke, daß sich die Politiker und die Völker Europas diesem außerordentlich verantwortungsvollen Moment gewachsen zeigen werden. Die Zeit fordert Taten und nicht schön klingende Deklarationen, auf die keine konkreten Taten folgen. Die Welt ist müde, sie hat das Geschwätz satt. Sie braucht realen Fortschritt: die Abrüstung, die Liquidierung der Kernwaffen. Ich denke, daß diese Tendenz zunehmen wird. Insbesondere hoffe ich dabei auf die Weisheit und das Verantwortungsgelühl der Politiker und der Völker Europas.

Frage (NBS-News): Habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie einen direkten Appell an die anderen Nationen der Welt gerichtet haben, in einer Art Lobby die Vereinigten Staaten zu beeinflussen und zu einer Änderung ihrer Meinung zu bewegen?

Antwort: Wir wissen, wie bei Ihnen der Lobbyismus entwickelt ist und wie der politische Prozeß in Amerika abläuft, und vielleicht hatte der Präsident deswegen auch Schwierigkeiten, sich bei diesem Treffen zu entscheiden. Aber wenn es darum geht, den Frieden zu festigen und dafür auch reale Schritte zu unternehmen, wenn gemeinsame Anstrengungen notwendig sind, dann betrifft das alle und nicht nur die USA und die Sowjetunion. Ich denke, daß sollte man nicht von Lobbyismus sprechen, sondern vielmehr von Verantwortungsgelühl, vom gegenseitigen Verständnis der Völker, vom Begreifen des hohen Wertes, den heute der Frieden hat, von dem Notwendigkeit, der Welt den Frieden zu erhalten. Es ist deshalb beiläufig, daß die Völker oder Bewegungen für den Frieden eintreten, als Lobbyisten der Sowjetunion hinzutreten. Es geht einfach darum, daß die Menschen ihre politische und staatsbürgerliche Position verteidigen.

Frage (isländische Zeitung „Morgunblaði“): Ich bin Zeitungsverleger. Ist Ihnen die Entscheidung eigentlich schwergefallen nach Reykjavik zu kommen? Schließlich ist Island Mitglied der NATO. Gleichzeitiger ist unsere Regierung bekanntlich dafür eingetreten, den Norden zu einer kernwaffenfreien Zone zu erklären. Wie ist Ihre Meinung dazu?

Antwort: Mit diesem Thema wollte ich eigentlich schließen, deshalb kommt mir die Frage des Verlegers der isländischen Presse gelegen. Ich möchte daran erinnern, daß wir es wert sind, die Island als möglichen Ort des Treffens vorzuschlagen hatten. Also gab es bei uns in dieser Hinsicht keinerlei Schwierigkeiten.

Ich möchte der Regierung Islands und der isländischen Bevölkerung dafür danken, daß sie ihr gesamtes Potential — das menschliche, organisatorische und materielle — eingesetzt haben, um alle mit der Organisation dieses Treffens zusammenhängenden Fragen zu lösen. Dafür sind wir sehr dankbar. Wir haben uns hier wohlgefühlt. Viel Interessantes erfuhr ich von Raissa Maximowna. Ich hier viele Bewegungen hatte. Das alles war sehr interessant, uns freut die freundliche Atmosphäre, das große Interesse an unserem Land. Wir sind Island und seiner Regierung dankbar für das, was sie tat, und wir wünschen dem isländischen Volk weiteres Wohlergehen.

Zum letzten Teil Ihrer Frage, aus der hervorgeht, daß die Regierung Ihres Landes den Norden zu einer kernwaffenfreien Zone erklären möchte, ist zu sagen, daß wir das begrüßen.

Ich hoffe, liebe Freunde, danke ich für die Aufmerksamkeit. Wir haben, glaube ich, die Zeit gemeinsam nützlich verbracht. Ich wünsche Ihnen alles Gute. Auf Wiedersehen.



# Aus aller Welt Panorama

## Nuklear-Teststopp—wirksamer Schritt

Sowjetische Experten gaben Pressekonferenz in Reykjavik

Sowjetische Experten haben am vergangenen Sonntag im Pressezentrum der UdSSR in Reykjavik eine weitere Pressekonferenz gegeben. Vor den Journalisten sprachen der Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften der UdSSR J. Welichow und der Direktor des USA/Kanada-Instituts, Akademienmitglied G. Arbatow.

Das Interesse der Journalisten galt vor allem dem Problem des vollständigen und umfassenden Verbots der Nukleartests und der Beseitigung der nuklearen Bedrohung. Auf die Frage, warum die Sowjetunion der Einstellung der nuklearen Explosionen so große Bedeutung beimesse, sagte J. Welichow: Diese Maßnahme wäre ein wirksamer Schritt auf dem Wege zur Realisierung der Vereinbarungen, die auf dem sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffen in Genf erreicht worden sind. Ein Kernwaffenkrieg kann nicht gewonnen werden, deshalb darf er auch nicht geführt werden. Keine Seite darf nach militärischer Überlegenheit über die andere Seite streben.

Die Verhandlungen zu allen Aspekten der nuklearen Abrüstung, so Welichow, müssen beschleunigt werden.

Auf der Pressekonferenz wurde unterstrichen, daß die Erreichung all dieser Ziele unvereinbar mit der Fortsetzung der nuklearen Versuche ist. Die Sowjetunion hält ihr einseitiges Moratorium für alle Kernexplosionen ein. Bei seiner Rückkehr aus Genf sagte Präsident Reagan, daß in erster Linie die „destabilisierenden Rüstungsarten“ reduziert werden müßten. Doch ist wohl gerade die Fortsetzung der Kerntests ein destabilisierender Faktor des Weltfriedens. Diese Versuche haben nur ein Ziel: die Entwicklung neuer, noch gefährlicherer Arten der Massenvernichtungswaffen.

Akademienmitglied Arbatow erklärte: Die Gegner der Einstellung der Kerntests motivieren ihre Weigerung, sich dem sowjetischen Moratorium anzuschließen, damit, daß diese Tests angeblich notwendig seien, um die Zuverlässigkeit der nuklearen Arsenale zu überprüfen. Die Erprobungen seien erforderlich, solange es diese Arsenale gebe. Dieses Argument ist nichts weiter als ein gewissenloser und böswilliger Winkelzug. Wer von der Notwendigkeit der Fortsetzung der Kerntests „zur Überprüfung der Zuverlässigkeit des nuklearen Arsenals“ redet, führt etwas ganz anderes im Schilde, nämlich die Entwicklung neuer, destabilisierender Waffenarten, wie beispielsweise nukleargepumpte Laserwaffen.

Gerade damit sind die Vereinigten Staaten beschäftigt, bemerkte Arbatow. Und gerade aus diesem Grund hat Washington seine Haltung hinsichtlich der Verhandlungsvollführung revidiert, die mit dem Ziel geführt werden, einen Vertrag über das allgemeine und vollständige Verbot der Kerntests auszuarbeiten. Die Grundzüge dieses Vertrages zwischen der UdSSR und den USA sind bereits unter den früheren amerikanischen Administrationen vereinbart worden. Die gegenwärtige Regierung der USA hat ihre Haltung damit motiviert, daß die Sowjetunion „nicht gewillt sei, ein effektives Kontrollsystem zu errichten“. Dabei hat die Sowjetunion nicht nur ihre Bereitschaft bekundet, am Aufbau eines solchen Systems mitzuwirken, sondern sogar der Präsenz amerikanischer Wissenschaftler und amerikanischer Ausrüstungen in der Nähe des nuklearen Versuchsgeländes im Raum von Semipalatsk zugestimmt. Indes erfinden die Vereinigten Staaten neue Probleme.

## Wüten von Antisemitismus in USA

Es vergeht keine Woche, da aus den USA nicht neue Fakten von Antisemitismus gemeldet werden: Schändung von Synagogen und jüdischen Friedhöfen, Bandenüberfälle auf jüdische gesellschaftliche Organisationen und anderes mehr. Das Wüten von Antisemitismus nimmt in einer Reihe von Gebieten der USA so bedrohliche Ausmaße an, daß Vertreter der hiesigen Öffentlichkeit sich in Sondergruppen zur Bekämpfung dieser Erscheinung zusammenschließen müssen. Der Geistliche Jim Higley aus dem Kreis Essex (Bundesstaat Massachusetts) erklärt seine Handlungswisenschaft so: „Wir haben uns zusammengeschlossen, um offen zu erklären: Wir sind nicht mehr gewillt, uns mit den Erscheinungen von Antisemitismus oder Haß — welchen auch immer — geheißt die nationalen Minderheiten abzufinden.“

Alein in der amerikanischen Metropolregion des Nordostens (Bundesstaat Maryland) hat sich die Zahl der antisemitischen Ausschreitungen in einem Jahr der „Washington Post“ zufolge verdoppelt. In der Presse wurde schon darauf hingewiesen, daß im vergangenen Jahr in 34 Bundesstaaten und

im Bundeskreis Kolumbien solche Ausschreitungen registriert wurden. Die fortschrittliche amerikanische Presse weist warnend darauf hin, daß man über die wirklichen Ausmaße von Antisemitismus in den USA nicht nur aufgrund statistischer Angaben urteilen kann, die aus vielen Gründen kein reales Bild von der Situation im Lande geben.

Aus antisemitischem Haß werden Morde begangen. In diesem Frühjahr wurde in einem prominenten Viertel von Pittsburgh (Bundesstaat Pennsylvania) Rabbiner Neil Rosenblum ermordet. Früher war in Denver (Bundesstaat Colorado) der Kommentator des lokalen Senders Alan Berg einer hitlerischen Neonazibande zum Opfer gefallen, weil er Jude war und die Aktivitäten der Rassistengruppen in den USA entlarvte.

Professor G. Tobin aus der Brandeis-Universität stellte in einer Sonderstudie fest, daß die meisten Juden aus dem Bundeskreis Kolumbien und der Stadt Saint Louis (Bundesstaat Missouri) zu verschiedenen Zeiten Opfer des Rassen- und religiösen Hasses waren. Wenn man solche Untersuchungen in anderen Gebieten durchführte, würde sich ein ähnliches Bild ergeben.

L. Morrows, bekannte Persönlichkeit des amerikanischen öffentlichen Lebens, Publizist, Stellvertreter des Chefredakteurs des Magazins „Jewish Life“, kommt aufgrund umfassender Recherchen zu dem Schluss, daß der wütende Antisemitismus in den Vereinigten Staaten zu einem ernststen Problem der amerikanischen Gesellschaft ausartet.

Es bleibt nur hinzuzufügen, daß Antisemitismus nur eine der zahlreichen Formen der Rassenentrennung und Diskriminierung ist. Ihm wird durch die Atmosphäre von Militarismus und Chauvinismus Vorschub geleistet, die von herrschenden Kreisen des Landes kultiviert wird. Wohl eben deshalb verhält sich das offizielle Washington mit so erstaunlicher Mißachtung zur internationalen Konvention über die Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung. Obwohl sie auf der Tagung der UNO-Vollversammlung im Dezember 1965 angenommen wurde und im Januar 1969 in Kraft trat, ist sie vom amerikanischen Kongreß nicht ratifiziert worden, in dem so oft große Worte von Freiheit und Demokratie und von Menschenrechten zu hören sind.

Igor ORLOW,  
TASS-Kommentator

## „Ich kann mich glücklich schätzen...“

„Ich kann mich glücklich schätzen, daß dieser Alptraum nun vorbei ist. Wir werden jetzt als freie Menschen leben“, sagte Dr. phil. und biochem. Arnold Lokshin, US-Bürger, der dieser Tage aus den USA nach Moskau gekommen ist, in einem Fernsehinterview. Vor einiger Zeit hatte er die zuständigen sowjetischen Organe um politisches Asyl für ihn und seine Angehörigen ersucht, das ihm auch gewährt wurde.

Arnold Lokshin ist Autor mehrerer Arbeiten aus dem Gebiet der Krebsforschung. Viele Jahre lang führte er mit Erfolg Forschungsarbeiten an der Harvard- und der South-California-Universität durch. Zwischen 1980 und 1986 war er Direktor des Laboratoriums für Krebsforschung am Saint-Joseph-Spital (Houston, Texas). Warum haben der 47-jährige amerikanische Wissenschaftler und seine Familie die Heimat verlassen?

„Neben meiner wissenschaftlichen Tätigkeit nahm ich immer aktiv an der Lösung jener sozialer Probleme teil, die Amerika bewegen“, berichtet Lokshin. „Seinerzeit war ich und meine Frau Lorraine entschieden gegen die amerikanische Aggression in Vietnam aufgetreten. In den letzten Jahren kämpfen wir aktiv gegen die gefährlichen Aspekte der Außenpolitik der republikanischen Administration, gegen eine Politik, die auf Gewalt setzt und wirksame Maßnahmen zur Einstellung des nuklearen Rüstungswettlaufes und zum Abbau der nuklearen Konfrontation ablehnt. Je aktiver wir an der Friedensbewegung teilnehmen, je lauter wir gegen die antidemokratischen Zustände in unserem Land protestieren, desto schärfer und raffinierter war die Hetzkampagne, der ich und meine Familie in der Heimat ausgesetzt waren.“

„Man kann kaum die Formen und Methoden aufzählen, die die Machthaber in den USA zur Verfolgung Andersdenkender anwenden“, fuhr Lokshin fort. „Was wir in den letzten Jahren nicht alles durchgemacht haben! Man machte kein Hehl daraus, daß man unsere Korrespondenz abhört und unsere Korrespondenz — selbst privaten Charakter — kontrolliert. Wir wurden verfolgt und erpresst, unsere Kinder eingeschüchtert. Wir erhielten Drohbriefe, in denen wir

Daß die UdSSR dem amerikanischen Wissenschaftler Arnold Lokshin und seinen Angehörigen, die in ihrer Heimat einem Genesnisterror ausgesetzt waren, politisches Asyl gewährte, hat in den USA eine lebhafte Reaktion ausgelöst.

Bemerkenswert ist, daß die Massenmedien der USA die Tatsache nicht anzuzweifeln versuchen, daß die Familie Lokshins in den USA ein Objekt der ständigen Bespitzelung, Erpressung und offener Drohungen war. „Das endete damit, daß ich entlassen und mit dem Mord an mir und meinen drei Kindern bedroht wurde, von denen der älteste 15 ist“, zitiert AP den Wissenschaftler. Die „New York Times“ bestätigte in einer Meldung aus Houston die Entlassung des Wissenschaftlers.

Die amerikanische Presse und die Fernsehgesellschaften, die das Interview Arnold Lokshins für TASS und das sowjetische Fernsehen in Wiedergabe bringen, weisen darauf hin, daß er und seine Frau Emigranten sind, die USA aus politischen Gründen verlassen haben, um in der UdSSR ein „normales erfülltes Leben“ zu führen.

Lokshin nannte sich einen politischen Aktiven, der gegen den Krieg in Vietnam und das Weltrüsten und für die Bürgerrechte auftrat; unterstreicht die „Washington Post“. Die Fernsehgesellschaft ABC weist darauf hin, daß der amerikanische Wissenschaftler kein Kommunist ist und dennoch gegen die „gefährliche Außenpolitik“ der jetzigen Washing-

## Verleumderische Veröffentlichung

UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar ist über die neueste Provokation gegen die sowjetischen Mitarbeiter des UNO-Sekretariats empört. Diesmal ist einer seiner unmittelbaren Unterstellten, der Sonderassistent des UNO-Generalsekretärs Wladimir Kolesnikow zum Objekt eines böswilligen verleumderischen Artikels in der „New York Times“ geworden.

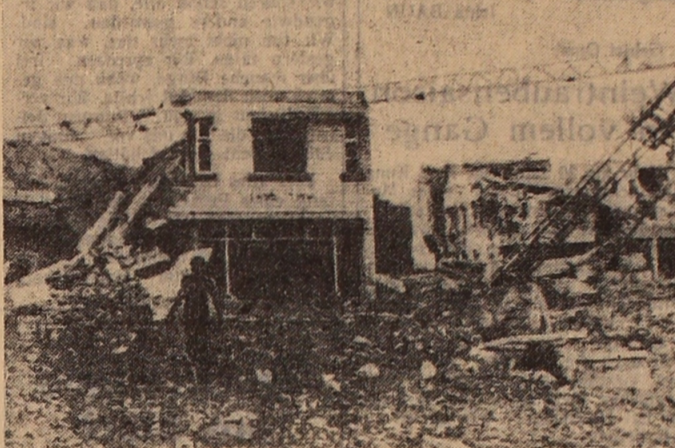
Auf diese Reaktion des UNO-Generalsekretärs auf die Schmähschrift der „angesehensten“ Zeitung Amerikas verwies der Pressesprecher des Generalsekretärs Francois Giuliani vor Journalisten im UNO-Hauptquartier.

Im Namen des UNO-Generalsekretärs stellte Giuliani fest, daß Wladimir Kolesnikow seinen UNO-Funktionen mit außerordentlicher Verantwortung nachkommt. Javier Perez de Cuellar hält es für ungerecht, den Ruf und die Ehrlichkeit ganzer Kategorien von Mitarbeitern des Sekretariats ausschließlich wegen ihrer Nationalität in Zweifel zu ziehen“, erklärte er. Gerade damit befassen sich übrigens

fleißig die amerikanischen Massenmedien, die auf Weisung der amerikanischen Geheimdienste Verleumdungen über Mitarbeiter des UNO-Sekretariats, die Bürger verschiedener Länder sind, verbreiten.

Francois Giuliani erklärte weiter, daß er persönlich Wladimir Kolesnikow als einen „hervorragenden Kollegen“ bewertet, der „mit großer diplomatischer Kunst“ arbeitet. Die an der UNO akkreditierten Journalisten sollten nach Meinung Giulianis diesem hochrangigen Mitarbeiter des UNO-Sekretariats unter anderem für die beispielhafte Arbeit danken, die er bei der Organisation von Reden der Delegationsleiter im Rahmen der Generaldebatte der gegenwärtigen Tagung der UNO-Vollversammlung geleistet hat.

Giuliani betonte, daß der Beitrag in der „New York Times“, „außerordentlich empörend“ ist. Er verwies darauf, daß die USA-Regierung die Spionagebeschuldigungen gegen den im UNO-Sekretariat tätigen UdSSR-Bürger durch keine Beweise untermauert hat.



BEIRUT. Die israelische Soldateska bombardierte erneut die Gebirgsregionen Libanons. Wie das Radio Beirut meldete, erneuten Flugzeuge des Aggressors Bomben- und Raketenangriffe gegen zahlreiche Orte. Dreimal flogen die israelischen Flieger die Siedlungen an. Es gibt Opfer unter der friedlichen Bevölkerung. Große Feuersbrünste brachen aus. Unser Bild: Die Folgen des Angriffs.

Foto: TASS

## Ergebnisse der Stockholmer Konferenz gewürdigt

Der erfolgreiche Abschluß der Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa hat ein weiteres Mal die Lebensfähigkeit des Prozesses unter Beweis gestellt, der durch die Helsinki-Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eingeleitet wurde, erklärte der Leiter der finnischen Delegation auf dem Stockholmer Treffen Matti Kahiluoto in Helsinki. Das auf dieser Kon-

ferenz beschlossene Schlußdokument ist eine der wichtigsten Errungenschaften des KSZE-Prozesses und ein bedeutender Schritt auf dem Wege zur Festigung der europäischen Sicherheit. Finnland tritt dafür ein, daß auf dem dritten KSZE-Folgetreffen in Wien beschlossen wird, Abrüstungsprobleme in die Aufgaben der zweiten Etappe der Stockholmer Konferenz aufzunehmen.

## Libyen protestiert gegen Lügenkampagne

„Heute ist allen absolut klar geworden, daß die USA-Administration eine Politik der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Libyens durchführt, um seine Stabilität und Sicherheit zu untergraben“, heißt es in einem Schreiben des UNO-Botschafters Libyens Ali Treiki an den Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen. Davon zeugt deutlich die Entlarfung der verwerflichen Rolle des Weißen Hauses, das in der amerikanischen

Presse eine Verleumdungskampagne gegen Libyen inszenierte, in dem Versuch, die Weltöffentlichkeit in die Irre zu führen und den von ihm verübten bewaffneten Überfall auf libyische Städte zu rechtfertigen.

Treiki machte die Weltgemeinschaft auf die Erklärung des USA-Außenministers, die USA stünden am Rande eines Krieges gegen Libyen, aufmerksam, die er am 2. Oktober auf einer Pressekonferenz machte, um die von der Administra-

tion aufgelegene libyenfeindliche Kampagne zu rechtfertigen. Daher ist es heute wichtiger denn je zuvor, daß der UNO-Generalsekretär von ihm von der Charta der Weltgemeinschaft gewährten Rechten Gebrauch macht, um die entstandene gefährliche Situation zu regeln.

Der Vertreter Libyens versicherte die UNO, daß sein Land aufrichtig einen Dialog, die Lösung sämtlicher Probleme mit friedlichen Mitteln und die Durchführung aller mög-

lichen Maßnahmen anstrebt, um das Anwachsen der Spannungen im Mittelmeerraum zu verhindern, die von der USA-Administration vorzätzlich angeheizt werden. Eben die Vereinten Staaten tragen die volle Verantwortung für die Verschlechterung der Lage in dieser Region, wird in dem Schreiben unterstrichen, das als ein offizielles Dokument der Vollversammlung und des Sicherheitsrates der UNO verbreitet wurde.

## Ein unlösbares Problem

In der Nähe von München wurde ein Höhlenmensch... unserer Zeit gefunden. Richtig, seine Leiche. Er war dem ärztlichen Befund zufolge im Alter von 44 Jahren vor Hunger gestorben. Nein, er war keinesfalls ein freiwilliger Asket, und auch nicht krankhafte Schreullen hatten ihn in die historische Behausung am Isarufer geführt. Er war ein arbeitsloser Bergwerker, einer von den 1,5 Millionen, die die Hoffnung aufgegeben hatten, Anstellung über das Arbeitsamt zu finden, sich dort nicht mehr meldeten und deshalb aus der offiziellen Statistik spurlos verschwanden. Und es ist gut (allerdings für die Behörden), daß sie verschwanden. Sonst müßte man heute in den offiziellen Papieren nicht 2,1 Millionen „verschwunden“ angeben. Das würde, kurz vor den Wahlen, die Wähler ein weiteres Mal daran erinnern, daß die Regierung der rechtsliberalen Koalition es nicht vermag, eines ihrer während der jüngsten Wahlkampagne rechenbaren wichtigsten Versprechen zu erfüllen, nämlich die Zahl der Arbeitslosen in der BRD auf mindestens 1 Million zu reduzieren. In Wirklichkeit ist die Arbeitslosenzahl ab 1982 um 300 000 angewachsen.

Die Arbeitslosigkeit wird in der Bundesrepublik von heute als ein Nationalunglück bezeichnet. Während einer Meinungsumfrage vor zwei Monaten bezeichneten 87 Prozent der BRD-Bürger die Arbeitslosigkeit als das wichtigste Problem. Es betrifft sämtliche Schichten der Werktätigen: Die Arbeiter, die ihre Arbeitsstelle verloren haben oder überhaupt noch keine besaßen, besteht laut Angaben der Gewerkschaften aus 100 000 Facharbeitern, 80 000 Pädagogen, 130 000 Angestellten... Rasch wächst die Zahl derjenigen, die nur eine geringe Aussicht auf wiederholte Ar-

beitsvermittlung haben, für die die halbhierige Existenz zur Norm geworden ist und die schon über zwei Jahre lang keine Anwendung für ihre Kräfte finden. In den letzten vier Jahren ist ihre Zahl auf Vierfache angewachsen.

Und die Ursache? Die Ökonomen der marxistischen Richtung erkennen sie deutlich. Hier ein Zitat aus einer modernen Forschungsarbeit: „Die Ursachen der massenhaften Arbeitslosigkeit in der BRD rühren aus der Verflechtung der zyklischen Krise mit den andauernden strukturellen Krisen der kapitalistischen Welt. In den Depressionsjahren 1974 bis 1975 spitzten sie sich besonders zu und blieben auch danach bestehen. Die ständige massenhafte Arbeitslosigkeit in der Zeit des zyklischen Produktionsaufschwungs ist eine neue Erscheinung, die von einer Vertiefung der sozialen, politischen und ökonomischen Widersprüche in der BRD zeugt.“

rechnungen einer Reihe von westdeutschen Forschern werden beim Beibehalten des gegenwärtigen Tempos der Einführung der automatisierten Fertigung in die Produktionspraxis im Jahre 2000 nur zwei Drittel der heutigen Arbeiterzahl notwendig sein. Das bedeutet, daß weitere 7 Millionen Menschen durch die Kündigung bedroht sind. Die Verbreitung von Elektronenrechenmaschinen in der Produktion führt zur Reduzierung der Zahl der Meister und Leiter der mittleren Ebene. Die Computer verdrängen die Angestellten aus Institutionen; auch der Bedienbereich erlebt eine Rationalisierung, die von der relativen Reduzierung der Beschäftigtenzahl begleitet wird.

Wer sind die heutigen Durchschnittsarbeitslosen in der BRD? Vor allem sind es in der Regel vollberechtigte Bürger der Republik (jedenfalls juristisch). Die Ausländer — Türken, Portugiesen und andere — machen nur 12 Prozent der Reserve-Arbeitsarmee aus, die anderen sind Deutsche. Sehr oft sind es Frauen, noch häufiger junge Männer. Das Problem der arbeitslosen Jugend wird als die größte Tragödie bezeichnet: Die meisten Jungen und Mädchen sind gezwungen, ihr selbständiges Leben mit der Anmeldung im Arbeitsamt zu beginnen. Für junge Menschen unter 20 Jahren, ist es praktisch überhaupt unmöglich, Anstellung zu finden. Die Unternehmer weigern sich, sie anzustellen, wobei sie sich auf deren mangelnde Ausbildung und Qualifikation berufen. Man versucht, diese Frage zu lösen, indem man in Betrieben Lehrlingsplätze schafft oder Berufsschulen eröffnet. Doch erstens gelingt es nicht jedem, dort einen Lehrplatz zu ergattern, denn die Zahl der „Überflüssigen“ erreicht auch hier jährlich Hunderttausende. Zweitens ga-

rantiert nicht einmal die Beendigung solch einer Lehranstalt eine Arbeitsstelle. Schätzungsweise wird etwa die Hälfte der Absolventen über den Produktionsbedarf hinaus ausgebildet. Bei einer Sonderforschung stellte es sich heraus, daß mehr als zwei Drittel der Firmen nur kurzfristige (sechsmonatelange) Arbeitsverträge mit den Jungarbeitern abschließen und zwei Drittel ihren ehemaligen Lehrlingen Arbeit gewährleisten, die unter ihrem Qualifikationsniveau lag (und folglich auch schlechter bezahlt wurde).

Dieses zugespitzte Problem konnte nicht einmal im Wahlprogramm der Koalition der Rechtsparteien CDU/CSU umgangen werden. Obigen bringen Versprechen solcher Art, wie wir sehen, nichts zustande.

Doch der Verzicht auf die Suche nach einem Ausweg ist unzulässig. Der Öffentlichkeit müssen zumindest Versuche vorgezeigt werden, diese Lage zu erleichtern. Die Regierung in Bonn hat ein Programm der Beschäftigung entwickelt, dem die Konzeption der Umverteilung der Arbeitszeit zugrunde liegt. Man schlägt drei Hauptverfahren vor. Erstens könnte die Dauer der Arbeitswoche etwas gekürzt und der freigebliebene Arbeitszeitfonds zur Einstellung von Arbeitslosen verwendet werden. Laut Berechnungen könnte man zusätzlich rund 3 Millionen Personen in der Produktion beschäftigen. Warum zögert man denn?

Weil man eine solche Kürzung auf Kosten der Arbeiter selbst durchführen möchte und entsprechend auch ihre Löhne kürzen. Doch die Gewerkschaften werden das selbstverständlich nicht zulassen. Man könnte den Lohnverlust durch staatliche Stützungsstellen ausgleichen. Doch die Regierung erklärt, sie habe kein Geld dazu (obwohl sie für Rüstungsausgaben jährlich rund 50 Milliarden DM findet), und die Unternehmer weigern sich, die Produktionsaufwendungen zu vergrößern.

Ein anderer Ausweg ist, den Eintritt in das Rentenalter (heute geht man mit 65 Jahren in Rente) vorzuzerlegen. Doch wiederum müssen zusätzliche Bewilligungen ermittelt und größere Versicherungsbeiträge gezahlt werden. Der dritte Ausweg wäre die Aufteilung jedes Arbeitsplatzes unter zwei oder mehreren Arbeitern nach gemeinsamer Übereinkunft. Doch unvermeidlich würde die Lohnfrage wieder aufs Tapet kommen.

Man überlegt es sich in Bonn so und anders, doch kardinale Lösungen bleiben aus. Vorläufig aber manipuliert man mit den Angaben auf jede mögliche Weise, um die Situation zu verschönern. Im August z. B. habe man anlässlich der Arbeitslosenräumung um ganze 11 000 Personen auf die Paketen, die erinnere mich hier an eine giftige Karikatur aus diesem Anlaß in einer westdeutschen Zeitschrift. Bemüht, das Gewicht des Sackes mit der Aufschrift „Arbeitslose“ zu verringern, nimmt der Angestellte eine Handvoll daraus und tut sie dem Sack mit der Aufschrift „Rentner“ zu. Ja, so manche ist, ohne Arbeit zu finden, als geworden und wird jetzt mit entsprechend verringertem Rentgeld leben müssen. Ist das etwa Anlaß zur Freude?

Vor tendenziöser Verdrehung der Tatsachen scheint man sich sogar auf Regierungsebene nicht. So erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Interview für das Boulevardblatt „Bild“, man habe seit 1982 im Lande 500 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Buchstäblich wenige Tage später handelte es sich aber schon um nur 300 000, in Wirklichkeit aber könnte, wie die SPD-Experten behaupten, nur von einer halb so großen Zahl Arbeitsplätze die Rede sein. Doch was für eine Ahbille ist das schon angesichts der vielen Millionen Arbeitslosen von heute?

Valeri BERG,  
Berichterstatter der „Freundschaft“



Briefe an die Freundschaft

Stets ein Vorbild

Nun schon zehn Jahre ist Heinrich Wagner im Straßeninstandsetzungsabchnitt Glubokoje tätig...

Jakob STEINMETZ

Gebiet Ostkasachstan

Mein zweites Zuhause

Im Kolchos „Trud“, Rayon Kant, ist Vera Dufliot die erste und vorläufig einzige Melkerin...

Alle Anfang ist schwer, heißt es. Das war auch bei Vera der Fall...

„Viel hängt natürlich von den Fähigkeiten und dem Wunsch des Menschen ab, sein Bestes zu tun...

„Das Kollektiv der Milchfarm im Kolchos „Trud“ ist nicht besonders groß, doch richtig einig und einträchtig...

Karl BERGER

Gebiet Tschimkent

Menschen der Kunst

Verbundenheit der Generationen

Der überfüllte geräumige Saal des Zelinoograd Palastes der Neuländerschier ist völlig im Bann des meisterhaften, berausenden und besessenen Spiels der jungen Musikanten...

„Dies ist ein alter Brauch der Kasachen“, erläutert der Künstler, mit dem wir uns auf seinem wie in aller Welt wenig gastfreundlichen Hotelzimmer trafen...

„Dieses kleine, zerbrechliche Instrument unserer Vorfahren hatte einen zarten, wunderbaren Klang“, erzählt Tlendijew...

„Wir treten für die sorgsame Pflege des geistigen Erbes unseres Volkes ein“, führt Tlendijew weiter aus...

„Das Interesse für die Volkskunst in unserem Lande wie auch in der ganzen Welt ist zusehends erstickt...“

Unsere Anschrift: Kasachskaja SSSR, 473027 g. Seldinoograd, Dom Sowetov, 7-й этаж, «Фройндшафт»

Gedanken zum Zeitgeschehen

Alles liegt an uns

Heute ist das Wort „Umgestaltung“ in aller Munde. Und trotzdem scheinen noch bei weitem nicht alle das Wesen dieses Begriffes in vollem Umfang erfaßt zu haben...

In seiner Rede auf dem Treffen mit dem Parteiaktiv der Region Krasnodar unterstrich der Generalsekretär des ZK der KPdSU, daß „die Umgestaltung kein einmaliger Momentakt ist, sondern ein Prozeß...“

„Ja, alles liegt an uns selbst. Alles kommt darauf an, wie wir uns zu unseren Pflichten und zueinander verhalten...“

Dies alles ist jedoch nur der Anfang eines Prozesses, der für viele Jahre gedacht ist. Umgestaltung ist nicht nur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts...

Sportfreunde am Start

In der Produktionsvereinigung „Zelinogradselmasch“ liebt man den Sport. Die Sportfreunde haben hier vielseitige Möglichkeiten zur Förderung ihrer Meisterschaft...

17 Tennismannschaften kämpften um den Meistertitel der Vereinigung. Pokalsieger wurde das Kollektiv der 14. Abteilung...

Max DOBER



Die in der Republik älteste Ländliche Berufsschule Nr. 14 von Leninoograd begibt ihren 60. Geburtstag...

der Instrumente. Anfänglich bestand es fast ausschließlich aus Tlendijew's Werken...

„Aber eines Tages sagte ich meinen jungen Kollegen: Es reicht nun, auf mir alten Gaul herumzureiten...“

„Jetzt haben wir in unserer Mitte eigene Komponisten“, sagt er schon im Ernst...

Nurgissa Tlendijew ist ein Optimist, obwohl sein Herz ihm immer wieder zu schaffen macht. Doch er wird nie müde und zeigt in den täglichen siebenstündigen Proben den jüngeren Kollegen ein Beispiel an Ausdauer und Zielstrebigkeit...

„Dieses kleine, zerbrechliche Instrument unserer Vorfahren hatte einen zarten, wunderbaren Klang“, erzählt Tlendijew...

„Wir treten für die sorgsame Pflege des geistigen Erbes unseres Volkes ein“, führt Tlendijew weiter aus...

„Das Interesse für die Volkskunst in unserem Lande wie auch in der ganzen Welt ist zusehends erstickt...“

Helmut HEIDEBRECHT, Korrespondent der „Freundschaft“

Nachricht zu üben. Das bedeutet, daß er „aus prophylaktischen Erwägungen“ von Zeit zu Zeit jemandem unbedingt „eins“ auf die Lehre dienen soll...

„Doch andererseits: Kommt jemand zu dir und bittet dich bescheiden, etwas für ihn zu tun, so ist er für dich ein Wehling und Feigling, und das heißt: Du brauchst seine Bitte nicht zu erfüllen...“

Begegnen wir nicht oft genug solchen Röllchen in unserem Alltag? Beim Schlangengestehen, zum Beispiel. Zugegeben: Das Anstehen macht wenig Freude...

„Mancher nimmt es mit dienlichen Anordnungen nicht ernst. Er glaubt, sie nicht unbedingt ausführen zu müssen...“

Vor einigen Jahren sagte mir ein ehrbarer Mann mit Stolz in der Stimme: „Ich habe gute Beziehungen und kann mich für viele ver-

wenden. Ich tue das selbstlos, das können Sie mir glauben.“ Ich ließ mir diese Worte durch den Kopf gehen. Wie kann man sich für einen Menschen einsetzen, ohne die Ansprüche eines anderen zu beirathen?

Heute wird den eifrigen „Konktaufnehmern“ auf den Pelz gerückt, und sie geraten in Verwirrung. Ihre Verbindungen werden stellenweise unterbrochen...

Dies alles spielt sich vor den Augen der Kinder ab, die es ihnen früher oder später nachmachen werden. Wo doch gerade in der Familie und in der Schule die Keime der künftigen Gesellschaft entstehen müssen...

Ohne Gewissen und Pflichtgefühl ist bewußte Disziplin undenkbar. Und die Pflicht beginnt damit, daß man neben sich Menschen fühlt, ihre Interessen und Ansprüche achtet...

Viktor HEINZ

Name des Schriftstellers an Sowchos verliehen

Der Sowchos „Isobilyr“ im Gebiet Nordkasachstan wird von nun an den Namen des bekannten Kasachstaners Schriftstellers Iwan Schuchow tragen...

Zum Meeting aus diesem Anlaß hatten sich die meisten Werktätigen des Sowchos und ihre Familienmitglieder eingefunden...

Die Werktätigen des Schuchow-Sowchos haben den Plan der Getreidelieferung an den Staat vorfristig und bei guter Qualität erfüllt.

Sängerin übernimmt Patenschaft

Die Volkskünstlerin der Kasachischen SSR Gulwira Rasijewa hat schöpferische Patenschaft über das uigurische Volksinstrumentensemble aus dem Gebiet Turgai übernommen...

Unlängst gab Gulwira Rasijewa in Begleitung des Volksinstrumentensembles eine Reihe von Konzerten für die Werktätigen Alma-Atas...

Foto: Wladislaw Pawlunin

RÜCHERMARKT der „Freundschaft“

Table listing books for sale with prices in Rubels, including titles like 'Karl Marx, Biographie', 'Wilhelm Adam, Die schwere Entscheidung', etc.

Redakteur L. I. WEIDMANN